

08.05.2018

*Beschlussvorlage***Finanzplatz Deutschland stärken, Chancen nutzen, Vertrauen geben und Stabilität wahren**

Der Finanzplatz Deutschland verfügt mit Frankfurt und der Rhein-Main-Region über eines der größten Finanzzentren der Welt, das zahlreiche Arbeitsplätze und damit einer Vielzahl von Menschen ein Einkommen bietet. Wichtige Einrichtungen sind die Europäische Zentralbank (EZB), die Einheitliche Bankenaufsicht (SSM), die Europäische Versicherungsaufsichtsbehörde (EIOPA), der Europäische Systemrisikorat (ESRB), die Deutsche Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) sowie Europas größte Derivatebörse (Eurex Deutschland) und die bedeutendste Wertpapierbörse der Euro-Zone (Frankfurter Wertpapierbörse). Der Finanzplatz Deutschland stellt mit den Banken und Börsen der Wirtschaft vielfältige Möglichkeiten zur Kapitalbeschaffung bereit. Damit profitieren auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Finanzmarkt. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU spricht sich dafür aus, den Finanzplatz Deutschland in Zukunft weiter zu stärken und als eines der größten Finanzzentren der Welt zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU bedauert die Entscheidung der Briten für den Brexit. Aus dem bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ergeben sich gleichzeitig jedoch Chancen, Deutschland als Finanzplatz zu stärken und Frankfurt am Main zum europäischen Finanzhandelszentrum in der EU auszubauen. Diese Chancen wollen wir bestmöglich zum Wohle der Menschen in Deutschland nutzen und zugleich die Stabilität der Europäischen Gemeinschaft insgesamt stärken. Die Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen hat großen Einfluss auf die bisher in London zwischen Banken bzw. Wertpapierunternehmen auch in Euro stattfindende Verrechnung und Abwicklung gegenseitiger Finanztransaktionen. Deshalb ist für uns selbstverständlich, dass dieses Euro-Clearing nur innerhalb der Euro-Zone stattfinden kann und daher aus London verlagert werden muss. Frankfurt stellt dabei den idealen Standort für das zukünftige Euro-Clearing dar, da der Finanzplatz mit der Deutschen Börse, einer Vielzahl von Großbanken, der Nähe zu den Aufsichtsbehörden und einer hervorragenden Infrastruktur beste Voraussetzungen hierfür bietet.

Deutschland muss auch in Zukunft als internationaler Regulierungs- und Aufsichtsstandort gestärkt werden. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU spricht sich grundsätzlich für eine gleiche Regulierung gleichartiger Angebote aus (level playing field). Zugleich soll eine Regulierung mit Augenmaß stattfinden, die gerade kleinere und mittlere Marktteilnehmer, wie beispielsweise Sparkassen und Genossenschaftsbanken oder kleinere Versicherungsinstitute, nicht unangemessen benachteiligt. Dabei gilt unser Grundsatz: So wenig Regulierung wie möglich, so viel wie nötig. Die Europäische Kommission muss bei neuen Regulierungsvorhaben im Rahmen der Bankenaufsicht prüfen, ob für bestimmte Institute aufgrund ihrer Größe, Komplexität und ihres Geschäftsmodells auf eine vollständige Anwendung dieser Vorschriften verzichtet werden kann. Kleinere, nicht international tätige Banken und Sparkassen sowie Förderbanken sind wegen ihrer verminderten systemischen Risikoanfälligkeit und Komplexität von überproportional belastenden Regelungen zu befreien („Small Banking Box“).

44 Wir wollen, dass Bürger, Wirtschaft und Banken von neuen Angeboten und Technologien innovativer  
45 Unternehmen im Finanzsektor, den sogenannten FinTechs, profitieren können. Dafür werden wir  
46 geeignete Rahmenbedingungen schaffen. Ein zentraler Aspekt ist für uns dabei die Sicherheit der  
47 Verbraucherdaten. Wir wollen, dass die Aufsicht die Entwicklung im FinTech-Bereich intensiv  
48 verfolgt, damit sie stets einen aktuellen Überblick über Risiken und Regulierungsbedarf hat. Um  
49 einen schnelleren Marktzugang zu ermöglichen, wollen wir das Erlaubnisverfahren für FinTechs  
50 beschleunigen, ohne Schutzstandards abzusenken. Um den Fin-Tech-Standort Deutschland zu  
51 fördern und zukunftsfest auszugestalten, aber auch um insbesondere kleine und mittlere  
52 Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase zu unterstützen, wollen wir die  
53 Rahmenbedingungen für Wagniskapital weiterhin verbessern. Unternehmen sollen gute Chancen  
54 haben zu wachsen, neue Produkte anzubieten und Märkte zu eröffnen. Der Wagniskapitalmarkt  
55 muss zukunftsgerichtet sein und innovativen Unternehmen den Zugang zu Kapital ermöglichen.  
56 Wichtig ist eine Förderung, die darauf ausgerichtet ist, mehr privates Kapital, insbesondere von  
57 institutionellen Investoren für Wagniskapital zu mobilisieren. Auch die steuerlichen wie rechtlichen  
58 Rahmenbedingungen für Wagniskapitalgeber wollen wir überprüfen und gegebenenfalls anpassen,  
59 um die Attraktivität für Wagniskapital-Investitionen weiter zu erhöhen.

60 Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU stellt fest, dass die Europäische Union sich  
61 als ein historisch einzigartiges Friedens- und Erfolgsprojekt erwiesen hat. Wir wollen die EU  
62 weiterentwickeln und dabei noch stabiler und zukunftsfester machen. Zugleich sind wir der festen  
63 Überzeugung, dass die EU kein Umverteilungsprojekt werden darf. Risiko und Haftung müssen  
64 weiterhin zusammengehören. Für Entscheidungen, die auf nationaler Ebene getroffen werden, muss  
65 die nationale Ebene auch die Verantwortung tragen. Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten  
66 einer Medaille. So setzt beispielsweise eine europäische Einlagensicherung im Rahmen einer  
67 Bankenunion zunächst die deutliche Reduzierung der Risiken im europäischen Bankensystem  
68 voraus, insbesondere den Abbau notleidender Kredite. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von  
69 CDU und CSU erteilt einer Transferunion eine klare Absage und spricht sich sowohl gegen eine  
70 Schuldenvergemeinschaftung als auch gegen eine institutionelle Verselbstständigung ohne  
71 parlamentarische Verantwortlichkeit aus. Die geplante Weiterentwicklung des Europäischen  
72 Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Währungsfonds und die Konzepte für zusätzliche  
73 Finanzmittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Konvergenz im Euro-Raum werden unmittelbare  
74 Folgen für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik bis in das kommende Jahrzehnt haben. Die  
75 Unionsfraktionen des Bundes und der Länder werden diese Kontrolle im Rahmen der Budgethoheit  
76 der Parlamente umfassend ausüben. Die von der Kommission vorgeschlagene Schaffung eines  
77 europäischen Wirtschafts- und Finanzministers wird von der Fraktionsvorsitzendenkonferenz von  
78 CDU und CSU abgelehnt. Eine stärkere Zentralisierung von Kompetenzen bei der Kommission und  
79 Vermischung von Verantwortlichkeiten kann bestehende finanzpolitische Zielkonflikte zwischen  
80 Mitgliedstaaten nicht auflösen, sondern würde diese lediglich auf eine andere Entscheidungsebene  
81 verlagern.

82 Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Europäischen Institutionen müssen für eine  
83 stabile Finanzpolitik Sorge tragen. Dabei müssen Finanz- und Geldpolitik strikt getrennt werden. Die  
84 Europäische Zentralbank muss zukünftig noch stärker als bisher als Garant für Stabilität und  
85 Verlässlichkeit wahrgenommen werden. Wir wollen, dass das in die erfolgreiche Deutsche  
86 Bundesbank gesetzte Vertrauen, die zu Recht international sehr hohes Ansehen genießt, auf ganz  
87 Europa abstrahlt. Die im kommenden Jahr anstehende Neuwahl des Präsidenten der Europäischen  
88 Zentralbank bietet eine Chance, ein klares Zeichen für Stabilität und Vertrauen in die europäische  
89 Finanz- und Geldpolitik zu setzen.